

Change by Design or Change by Disaster: Welche Transformation zeichnet sich ab?

Rolf G. Heinze

Die Corona-Krise als Gesellschaftsexperiment

"So viel Wissen über unser Nichtwissen und über den Zwang, unter Unsicherheit handeln und leben zu müssen, gab es noch nie" (Habermas 2020). Diese Worte sollten von jedem/jeder Wissenschaftler*in ernst genommen werden und deshalb ist es immer gewagt, über aktuelle Ereignisse zu schreiben, zumal wenn solch ein außerordentlicher externer Schock wie die Corona-Pandemie die gesamte Gesellschaft unvorbereitet traf und sich ein Ende der Pandemie erst langsam abzeichnet. Im Folgenden sollen dennoch einige (vorsichtige) Schlussfolgerungen aus sozialwissenschaftlicher Sicht gezogen werden, wenngleich sich die realen Wandlungsprozesse noch nicht genau markieren lassen. Durch die globale Pandemie geraten Verwerfungen und Widersprüche stärker in den Fokus, bringen einseitige Argumentationslinien ins Wanken und führen zu einem Wandel der gesellschaftspolitischen Narrative. Dabei bleibt die Frage offen, ob dies nur temporär geschieht oder sich eine Neujustierung der grundlegenden gesellschaftlichen Steuerungsmuster abzeichnet (vgl. ausführlich Heinze 2020).

Das Virus hat Deutschland und auch andere Länder unvorbereitet getroffen, wenngleich bereits nach der Finanzkrise explizit auf die Ausbreitung weiterer Krisen, die einen hohen Leidensdruck auslösen und große Schäden hinterlassen können, hingewiesen wurde. Demnach fehlen Demokratien „Strategiefähigkeit und eine gesteigerte und auf die Zukunft ausgerichtete Lernfähigkeit. Was die Demokratie zusätzlich zu ihren etablierten Qualitäten braucht, ist ein strategischer Umgang mit künftigen Krisen. Dass die Krisen kommen werden, steht fest. Ob es nun demographische Entwicklungen sind, Altersvorsorge, Pflege, Pensionssysteme, Staatsschulden, Ökologie, Infrastrukturen oder Netz sicherheit, Pandemien, Klimawandel, Migration, Kriege um Wasser und Öl, die Frage ist in allen Fällen nicht mehr, ob, sondern wann und in welcher Form die Krise kommt“ (Willke 2014, 151). Allerdings wurden solche Hinweise auf die Erwartbarkeit globaler Krisen (auch einer Pandemie, wie sie seit 2020 mit

dem Corona-Virus grassiert) vom politisch-administrativen System nicht aufgegriffen. Eher wird die These bestätigt, dass die Politik erst bei einem massiven Ausbruch einer Krise (also bei externen Schocks) reagiert, dann zwar Führungsstärke beweisen will (und dies auch bei der Bekämpfung der Pandemie in einem bislang nicht bekannten Ausmaß praktiziert), insgesamt aber nicht den Eindruck vermittelt, über das konkrete Management hinaus eine zukunftsfähige Bewältigungsstrategie (manche sprechen auch von Resilienz¹) zu haben. Eher kann eine Überforderung der Politik konstatiert werden.

Dennoch zeigt sich im Hinblick auf die Rolle der Politik ein Wandel des Leitbildes. Mit Aufkommen der Krise hat der Staat eine neue Regulierungskraft demonstriert, die man als Relativierung vom neoliberalen Paradigma bezeichnen könnte. Durch die Krisenbekämpfung haben der Staat und die Akteure der Zivilgesellschaft gegenüber einer jahrelang verkündeten Mark tideologie eine neue Wertschätzung erfahren. Noch ist die Gesellschaft allerdings im Schockzustand und politische Führung ist in solchen Situationen immer gefragt, was aber nicht bedeutet, dass die relativ hohe Akzeptanz längere Zeit anhält. Derzeit gibt es keine Befürworter einer Agenda des freien Marktes, eher dürfte sich sowohl in der Bevölkerung als auch bei den politischen Eliten nach der Krise dauerhaft die Aufgabe stellen, „das ganze Programm einer hemmungslosen Unterwerfung der Lebenswelt unter Imperative des Marktes auf den Prüfstand (zu) stellen“ (Habermas 2008, 53). Denn die rasche Ausbreitung des Virus mit all den negativen Signalwirkungen für die Realwirtschaft und das öffentliche Leben hat mit einer nicht vorhersehbaren Rigorosität auch westlichen Ländern gelehrt, wie zerbrechlich der globale und digitalisierte Kapitalismus ist und dass dieser ohne staatliche Regulierungen und eine ausgebaute öffentliche Infrastruktur nicht überleben kann. Gut zehn Jahre nach dem Finanzcrash wurde erneut das Vertrauen in das Wirtschaftssystem nachhaltig erschüttert und es ist auf theoretisch-konzeptioneller Ebene festzuhalten, dass das Marktparadigma und der damit ausgelöste Ökonomisierungsdruck als das zentrale Leitbild gescheitert sind. Sie mögen für wichtige Subsysteme wie die Wirtschaft durchaus sinnvolle Leitplanken und Orientierungsmuster sein, eine Gesellschaft kann aber nicht als Ansammlung von Märkten oder primär in Kategorien der Eigeninteressen gedacht werden. Aus soziologischer Sicht ist es spannend zu beobachten, wie Solidarität, Familie, Nachbarschaft und Freunde angesichts der

1 Siehe auch den Beitrag „Wirtschaft in der Transformation: Von der Effizienz- zur Resilienzorientierung“ von Michael Roos in dieser Ausgabe.

Krise nun als gesellschaftliche Ordnungsmuster erheblich an Gewicht gewonnen haben. Die Solidarressourcen der Zivilgesellschaft halfen, einige der Einschränkungen, die mit der Pandemie verbunden sind, besser zu bewältigen. Auch wenn es bei der Bekämpfung der Pandemie wichtig ist, soziale Kontakte möglichst gering zu halten, rückte dennoch das soziale Miteinander im Sozialraum in den Fokus.

Die mit der Corona-Pandemie neu aufgeflamme Debatte um Solidarität kann auch zum Anlass genommen werden, über die aktuellen Sorgemeinschaften hinaus die Rolle und Funktion der Zivilgesellschaft als Steuerungsform sozialer Beziehungen in modernen Gesellschaften zu reflektieren. Die mit den abrupten und in der Größenordnung noch nie dagewesenen Unterbrechungen des öffentlichen Lebens verbundene Entschleunigung hat viele Menschen zwangsläufig auf ihr nahes Lebensumfeld und wechselseitige Sozialbeziehungen zurückverwiesen. Dieser Rückzug aus dem öffentlichen Raum löst bei einigen Menschen, die ohnehin von Vereinsamung bedroht sind, Ängste aus oder verstärkt diese. Bei anderen führt die ungewohnte Situation entleerter öffentlicher Räume zu einer gereizten Stimmung. Alle spüren den sozialen Kitt, der letztlich Gesellschaften zusammenhält, aber auch auf sozialstaatliche Sicherungen, die als Formen institutionalisierter Solidarität zu verstehen sind, angewiesen ist.

Aus der (Re-)Vitalisierung der Solidarität folgt nicht zwangsläufig die Abwesenheit individualistischer Handlungsstrategien, wie sie sich auch in der Corona-Krise, etwa in Feierlichkeiten trotz hoher Ansteckungsgefahren, äußerten. Egoistische Verhaltensweisen in Notsituationen sind nicht überraschend, zumal kurzfristiges Effizienzdenken in den letzten Jahrzehnten sowohl als Muster gesellschaftlicher Beziehungen als auch in der Wirtschaft und in weiteren Funktionssystemen, wie der Bildung, als Leitbild propagiert wurde. „Die Revolution des Ichs charakterisiert den Neoliberalismus, der uns jetzt schon fast 50 Jahre begleitet. Nicht nur die Kollektivkräfte animieren, nicht nur die gusseisernen Strukturen der Gesellschaft führen uns, sondern auch die einzelne Person kann etwas bewirken. Einzelne können die Welt verändern, Garagenunternehmertum, die Virtuosen der zivilgesellschaftlichen Aufbrüche, die Graswurzelbewegungen. Also eine Revolution des Ichs, die im Grunde in der Vorstellung gipfelt, dass eine gute Gesellschaft eine Gesellschaft starker Einzelner ist. Und dass Politik nichts anderes tun soll, als die Einzelnen in die Möglichkeit zu versetzen, ihre Stärke zu entwickeln. Das war die Idee“ (Bude 2021, 28; vgl. auch Honneth 2021).

Vor diesem Hintergrund ist eher hervorzuheben, wie solidarisch die Mehrheit der Bevölkerung in Bezug auf den Schutz der Älteren und Vorerkrankten agierte und umfassende Einschränkungen hinnahm.

Renaissance der Zivilgesellschaft?

Wenn die Pandemie als Beschleuniger von Prozessen gesehen wird, die sich bereits im Wandel befinden, zählt dazu der Wertigkeitsverlust marktlicher Regulierungen. Es wird zunehmend anerkannt, dass die Funktionsfähigkeit einer Gesellschaft von einer öffentlichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge abhängt. In Krisenzeiten, zumal wenn diese mit so weitreichenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens verbunden sind, werden die Abhängigkeiten deutlich. Das Gleiche gilt für die derzeit oft angesprochenen zivilgesellschaftlichen Hilfen und Unterstützungsnetzwerke, die durch die kollektiven Gefährdungserfahrungen mobilisiert wurden, was auch in anderen Umbruchzeiten zu beobachten war. Neben der speziellen Verantwortung informeller sozialer Netzwerke und sozialer Beziehungen sticht im deutschen Wohlfahrtsmodell die Formierung der Zivilgesellschaft in Form starker Nonprofit-Organisationen hervor, die sich von anderen wohlfahrtsstaatlichen Systemen unterscheidet. „Freie Wohlfahrtsverbände, Genossenschaften, Vereine, aber auch Familien, Nachbarschaften und soziale Netze sind wichtige Bestandteile eines historisch gewachsenen, gemischten Wohlfahrtsmixes, in dem Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenwirken. Aber auch Angebote der Daseinsvorsorge, die ehrenamtlich von der Bürgerschaft organisiert werden, haben eine lange Tradition. Viele Vereine erfüllen Aufgaben mit Bezug zur Daseinsvorsorge. Häufig werden Bereiche der sozialen Daseinsvorsorge, wie Dorfläden, Mobilitäts-, Seniorenberatungs- und Betreuungsdienste, durch die Bürger vor Ort organisiert“ (Dehne 2019, 62). Insgesamt dürften derzeit hierzulande etwa 3,7 Millionen Beschäftigte in Non-Profit-Organisationen tätig sein (mit weiterwachsender Dynamik), was nachdrücklich auf die Bedeutung dieses Sektors hinweist (vgl. Adloff/Busse 2020 sowie die Beiträge in Heinze et al 2018).

In der Corona-Pandemie wurde der Gesundheits- und Sozialsektor zum ersten Mal auf zentraler politischer Ebene als systemrelevant definiert, obgleich seit einigen Jahren viele Studien insbesondere auf die Relevanz gesellschaftlich notwendiger Dienstleistungen hingewiesen haben. Der Dienstleistungssektor prägt bereits seit einiger Zeit regionale Arbeitsmärkte, aber scheinbar ist dieser Wandel eher lautlos abgelaufen und es scheint vielen nicht aufzufallen, dass wir in einer postindustriellen Gesellschaft

leben. Über die umfassende gesellschaftliche Bedeutung der sozialen Infrastrukturen macht man sich in der Regierungspolitik erst Gedanken, wenn Krisen auf diese Basisinstitutionen unmissverständlich hinweisen. Dies betrifft sowohl die sozialen Dienste und Gesundheitseinrichtungen wie auch die technische Infrastruktur (explizit in Fragen der Digitalisierung).

Eine bedarfsgerechte Infrastruktur ist nicht nur Voraussetzung und Unterbau wirtschaftlicher Aktivitäten, sondern bestimmt auch zentral die Lebenssituation vieler Menschen. Deshalb wird auch in neueren Publikationen verstärkt auf einen Ausbau der Infrastruktur, gerade in strukturschwachen Räumen und mit Blick auf vulnerable Gruppen, hingewiesen. Wenn gleich die Verantwortung für die Ausgestaltung der Daseinsvorsorge beim Staat und den Kommunen liegt, werden in Deutschland – teilweise auch ergänzend zu privatwirtschaftlichen Angeboten – Aufgaben insbesondere auf Akteure wie etwa Wohlfahrtsverbände, Selbsthilfegruppen oder Genossenschaften übertragen. Die Wohlfahrtsverbände wirkten schon immer als Scharnier zwischen dem formellen und dem informellen Sektor, indem sie sowohl die ehrenamtliche Arbeit organisieren und gleichzeitig nach Maßgabe sozialgesetzlicher Regelungen Dienstleistungsangebote in formalen Organisationen bereitstellen und zudem als Anwälte „schwacher“ Interessen auftreten.

Die ausdifferenzierten Formen der Zivilgesellschaft oder Gemeinwohlokonomie sind in den letzten Jahrzehnten angewachsen und bieten gerade in Krisenzeiten Perspektiven. „In den letzten großen Krisen in Europa – der Eurokrise und der Flüchtlingskrise – zeigten sich die große Bedeutung des sozialen Kapitals und die Stärke der Zivilgesellschaft besonders deutlich. Engagement und solidarisches Handeln nahmen damals ebenso zu wie verschiedene Formen des politischen Protests. Der Herbst 2015 gilt zu Recht als ‚Sternstunde‘ der Zivilgesellschaft in Deutschland. Seinerzeit engagierten sich Millionen von Bürger*innen, viele von ihnen zum ersten Mal, unzählige Helfer*innen-Initiativen für Geflüchtete wurden gegründet, und auch etablierte Vereine und Wohlfahrtsorganisationen engagierten sich“ (Grande/Hutter 2020, 27).

Allerdings stellt sich die Frage, wie dauerhaft solche Unterstützungsleistungen sind. Was in der Gefährdungssituation an gegenseitiger Hilfe möglich wird, verlängert sich nicht einfach in den Normalzustand – zumal auch die Medien eine Erregungsatmosphäre geschaffen haben, die wieder abflachen wird. „Möglicherweise besteht und funktioniert die große Hilfsbereitschaft nur bei kleineren Herausforderungen des Alltags und solange nur wenige von der Epidemie betroffen sind. Für die Stabilität sozialer Strukturen bleibt es daher wichtig, dass öffentliche Institutionen vor Ort

handlungsfähig sind – von der Gemeindeverwaltung bis zur Caritas“ (Simmank/Vogel 2020, 2).

Bisherige Krisenerfahrungen legen zwar nahe, dass in Zeiten gemeinsamer Gefährdungen grundlegende Gesellschaftsentwürfe (wie die Etablierung eines universellen Wohlfahrtsstaates nach dem Zweiten Weltkrieg) generiert und umgesetzt wurden, allerdings ist dies kein zwangsläufiger Transformationsprozess. Die Frage eines gesteuerten oder eines sporadischen Gesellschaftswandels bleibt bislang unbeantwortet. Sicherlich wird die neue Normalität einige Signale aus dem Krisenmodus aufnehmen, wenngleich die desintegrierenden sozioökonomischen Wirkungen der Corona-Pandemie nicht unterschätzt werden dürfen (vgl. Dörre 2020 und Neckel 2021). Der Wiederaufbau könnte bspw. mit der ohnehin anstehenden Energie- und Mobilitätswende und einer stärker integrierten Versorgung verkoppelt werden, um nachhaltiger und vorausschauender zu handeln. Es werden aber wohl nur dort, wo es bereits vor der Krise eine Reformdebatte gab und Innovationspotenziale vorhanden waren, neue Wege real beschritten und das „window of opportunity“ als Weichenstellung genutzt. Insofern könnte man dann von der Krise als Katalysator oder als Ferment für einen gezielten Politikwandel sprechen. Dies könnte auch den Blick auf die Bedeutung einer kollektiven Daseinsvorsorge schärfen. Während der Corona-Pandemie hat der Sozial- und Gesundheitssektor endlich die Anerkennung bekommen, systemrelevant zu sein, obgleich er aus beschäftigungs- und sozialpolitischer Sicht schon seit Jahrzehnten zu den zentralen gesellschaftlichen Institutionen zählt. Dennoch wurde er stiefmütterlich behandelt und oft betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien unterworfen, deren Unangemessenheit gerade in der Pandemiephase manifest wurde. Ob die Wertschätzung über die Pandemiephase hinaus anhält und einen strategischen Politikwechsel einleitet oder weiterhin punktuelle „Reparaturmaßnahmen“ dominieren, ist noch nicht entschieden.

Wenngleich die Ökonomisierung als grundlegendes Strukturprinzip der gegenwärtigen Gesellschaft zurückgedreht werden wird, kann einiges revidiert werden, was in den letzten Jahrzehnten vor dem Hintergrund neoliberaler Leitbilder oft relativ schnell einzelnen Funktionsbereichen, wie etwa den Hochschulen und sozialen Einrichtungen, übergestülpt wurde. „Eine stärkere Berechenbarkeit bestimmter Grundvoraussetzungen des Lebens – etwa in Bezug auf Gesundheitsversorgung, Wohnen und Bildung – qua Steuerung von staatlicher Seite (könnte) ebenso anvisiert werden wie Maßnahmen zur Minderung der starken Ausschläge sozialer Ungleichheit, die sich aus den polarisierten Arbeitsmärkten ergeben. Eine solche Entökonomisierung des Sozialen ließe sich im Übrigen auch unabhängig

von staatlichen Instanzen von den Akteuren selbst in ihren persönlichen Beziehungen anstreben“ (Reckwitz 2019, 234).

Der Diskurs um gesellschaftliche Transformationen

In der Soziologie dominierten schon vor der Corona-Krise Debatten zur „Großen Transformation“, wobei neben der Analyse der vielfachen Krisen ebenfalls Fragen zu grundlegenden institutionellen Innovationen und einer Gesellschaftssteuerung im Zentrum standen (vgl. die Beiträge in Dörre et al 2019). Dabei geht es sowohl um Alternativen zu den klassischen etatistischen Herrschaftsformen als auch korporatistischen Steuerungsversuchen, deren Blütezeit in Deutschland vorüber ist. Die Krise des traditionellen Korporatismus bedeutet jedoch nicht, gänzlich auf die sektoralen Selbstorganisationsfähigkeiten und Lösungskompetenzen der Organisationen des „Dritten Sektors“ neben dem Markt und dem Staat (seien es die Tarif- und Berufsverbände, Genossenschaften oder im Gesundheits- und Sozialsektor die Wohlfahrtsverbände) zu verzichten. Gerade wenn es um fundamentale Strukturumbrüche oder Pfadwechsel geht, sind die Mechanismen der politisch-institutionellen Gestaltung von zentraler Bedeutung. Dies impliziert für Transformationsanalysen sowohl den Einbezug der Strategie- und Handlungsfähigkeit der zentralen politischen Akteure, als auch der Dynamiken in einzelnen Subsystemen, weil nur dadurch die Frage nach den Transformationspotentialen und einem geordneten (designten) Wandel näher geklärt werden kann. Mit der Fokussierung auf korporative Akteure in gesellschaftlichen Teilsystemen grenzt man sich von Theorien ab, die über eine „Große Transformation“ oder einen Übergang in eine grundlegend andere Gesellschaftsordnung spekulieren.

Über Staatsversagen sowie auch Marktversagen wird schon seit einigen Jahrzehnten in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen gestritten. Sozialwissenschaftliche Diagnosen haben die Steuerungsfähigkeit zentraler Politik schon seit geraumer Zeit als begrenzt angesehen und nicht umsonst gab es schon seit den 1980er Jahren eine intensive Debatte um den kooperativen Staat, der seine Steuerungsfähigkeit über die Partizipation außerstaatlicher Akteure erweitert hat. Die korporatistische Erweiterung des Steuerungsrepertoires ist aber auch an ihre Grenzen gestoßen, erforderlich sind neue Impulse für eine umstrukturierende Politik (bspw. in Fragen des Klimawandels und der Energieversorgung, der Mobilität oder der alternden Gesellschaft). Bei Transformationen geht es pragmatisch um „grundlegende Strukturänderungen in einem oder mehreren Teilberei-

chen, die letztlich auf die gesamte Gesellschaft ausstrahlen“ (Benz/Czada 2019, 244).

Wenn von einem grundlegenden Wandel auf der Meso-Aggregations-ebene gesprochen wird, rücken die relativ abgeschotteten Politikarenen („Silos“) in den Blick, die im Hinblick auf Transformationen überwunden werden müssen. Innovationen bedeuten, neue Formen organisierter Vernetzung zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Feldern bzw. Steuerungsformen zu etablieren, um die Potentiale zu nutzen. Die Nutzbarmachung von zivilgesellschaftlicher Solidarität und Selbstorganisations-fähigkeiten gilt nicht nur für soziale Infrastrukturen und soziale Dienste, sondern auch in anderen Politikfeldern wie etwa dem Klimaschutz, der Sozialraumentwicklung, der Energie- und Wasserversorgung sowie generell Fragen der Daseinsvorsorge.

Diesen Überlegungen liegt ein Innovationsbegriff zugrunde, der über naturwissenschaftlich-technische Produkt- und Prozessinnovationen oder Marktinnovationen hinausgeht und auf die Neukonfiguration politisch-sozialer Arrangements zielt. Es handelt sich dann um eine soziale Innovation, wenn von einer bestimmten Gruppe von Akteuren eine intentionale Neukonfiguration sozialer Praktiken in bestimmten Regelungsfeldern mit dem Ziel stattfindet, Herausforderungen und Probleme sozialintegrativer (gemeinwohlorientierter) und zugleich effizienter zu lösen als dies auf der Grundlage etablierter Praktiken möglich ist.

Politische Steuerung in unsicheren Zeiten

Wenn man Krisenzeiten als Knotenpunkte begreift, bilden sich hier neue Verschränkungen von Ordnungsprinzipien und Priorisierungen. Das Corona-Virus hat nachdrücklich bewusstgemacht, wie stark sowohl die Gesundheit der Bürger*innen als auch wirtschaftliche Wertschöpfungen von einer funktionierenden staatlichen Infrastruktur und öffentlicher Daseinsvorsorge abhängen. Durch die Pandemie haben sich Verunsicherungen und sozioökonomische Verwerfungen einerseits vertieft, andererseits hat es schon vor dieser Krise globale Katastrophen und gesellschaftliche Zersplitterungsprozesse gegeben. Auch die derzeit oft gehörte These von einer durch die Krise erschöpften Gesellschaft ist nicht unbedingt neu (vgl. Heinze 2011). Allerdings zeichnen sich die derzeitigen Ungleichheiten und auch das subjektive Unbehagen durch eine neue Qualität insofern aus, als hierdurch eine Steigerung der Bedrohungen und Kontrollverluste in globaler Hinsicht erfolgte und die Gesamtgesellschaft betrifft. Es ist noch nicht absehbar, wie lange die Corona-Krise und die damit ausgelösten ge-

seelschaftlichen Partikularisierungen und Desorganisationerscheinungen die politische Agenda beherrschen werden.

Politische Steuerung bedeutete in den letzten Jahrzehnten zumeist reaktives, kurzfristiges Agieren auf aktuelle Herausforderungen. In einer organisierten Gesellschaft fällt es der Politik schon in Normalzeiten immer schwerer, aus den punktuellen Krisenbearbeitungen zugunsten einer gestaltenden und vorausschauenden Perspektive auszubrechen. Dies wird nur gelingen, wenn das politische Steuerungsrepertoire durch das Zusammenspiel mit den in den jeweiligen Funktionssystemen maßgeblich agierenden Organisationen angereichert wird. Dabei treten in vielen Handlungsfeldern Governanceprobleme insofern auf, als dass oft kein regulatorischer Rahmen vorhanden ist, um die zumeist abgeschotteten Silos der bürokratischen Problembehandlung und die dort dominierenden Anreizstrukturen zu überwinden. Über eine organisierte Vernetzung der zivilgesellschaftlichen Akteure mit den politischen Institutionen können neue Steuerungsressourcen jenseits von Markt und Staat genutzt werden. Die Partizipation der zivilgesellschaftlichen Organisationen darf allerdings nicht auf die traditionellen Akteure und deren Eigenlogiken beschränkt bleiben, sondern muss die gesamte Bandbreite in den jeweiligen Handlungsfeldern repräsentieren und auch neue Partizipationsformate ansprechen. Benötigt werden neue strategische Räume, die über die klassischen korporatistischen Steuerungsgremien hinausgehen müssen. Bezogen auf die derzeit viel diskutierten Potenziale sozialen Engagements ist es bspw. „notwendig, über mehr zu reden als über unsere ‚lebendige Zivilgesellschaft‘ und den Schutz von Gewaltenteilung und repräsentativer Demokratie. Demokratie braucht auch so etwas wie eine Vorwärtsverteidigung. Bessere Verbindungen zwischen institutionalisierter Politik und zivilgesellschaftlichen Organisationen sind hier ein Schlüsselfaktor. Das meint allerdings mehr als Verwaltungen mit Partizipationsverfahren zur Bürgeranhörung und Ministerien mit Modellprogrammen zur Engagementförderung. Es braucht eine Debatte zwischen demokratischen Parteien und Vertretern aus der organisierten Zivilgesellschaft, die zu so etwas wie einer Charta führen sollte, in der deutlich gemacht wird, für was man die Beiträge der Zivilgesellschaft schätzt und an welchen Grundsätzen man sich bei der Stärkung eines wertschätzenden und zivilen Umgangs miteinander orientieren will“ (Evers/Leggewie 2018, 38).

Die Neujustierung von Gestaltungsstrukturen zielt nicht auf eine völlige Umsteuerung, sondern setzt auf eine neue Komplementarität zwischen den verschiedenen Steuerungsformen. Eine solche, nicht auf kurzfristige Effekthascherei, sondern auf einen nachhaltigen Wandel ziellende Politik, hat es in einer emotionalisierten und fragmentierten politischen Öffent-

lichkeit schwer. Die Kommunikation verläuft bei vielen politischen Akteuren nur in der eigenen „Blase“ und der etablierten Politik wird in vielen Fragen von der Bevölkerung immer weniger vertraut. Dieses Misstrauensvotum mag überzogen sein, die dahinterstehenden Sorgen und der Unmut sollten allerdings ernst genommen werden, was sich nicht nur in den unüberschbaren Repräsentationsdefiziten der Volksparteien oder auch in den Gewerkschaften, Kirchen und anderen gesellschaftlichen Verbänden niederschlägt. Dass die etablierten Routinen der politischen Problemverarbeitung nicht mehr reibungslos funktionieren, ist allerdings auch kein neuartiges Phänomen (vgl. Heinze 2009). Die korporatistische Erweiterung des Steuerungsrepertoires ist aber auch an ihre Grenzen gestoßen, erforderlich sind neue Impulse für eine umstrukturierende Politik (bspw. in Fragen des Klimawandels und der Energieversorgung, der Mobilität oder der alternden Gesellschaft). Diese müssen stärker sowohl von wissenschaftlichen Expert*innen als auch der lokalen Basis kommen, weil sich dort Wissen über alternative Gestaltungsszenarien angesammelt hat, das darauf wartet, umgesetzt zu werden.

Krisen können Lernprozesse begünstigen, tun dies aber nicht zwangsläufig. Dies gilt sowohl für die Anerkennung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten als auch für die Neubestimmung der immer komplexer und enger gewordenen globalen Wirtschaftsvernetzungen. Diese wurden auf strikte Effizienz getrimmt, priorisierten private statt kollektive Nutzensteigerungen und sind prädestiniert, bei Störungen schnell zu kollabieren. Solch ein kurzfristiges betriebswirtschaftliches Effizienzparadigma wurde aber nicht nur in der privaten Wirtschaft als Leitbild gefeiert, sondern auch auf öffentliche Dienstleistungen übertragen. Dabei scheinen viele verantwortliche Akteure vergessen zu haben, dass Dienstleistungen (wie sie paradigmatisch das Gesundheitssystem erbringt) flexibel nachgefragt werden und deshalb grundsätzlich gewisse Überkapazitäten vorgehalten werden müssen. Der Erhalt kollektiver Infrastrukturen sowie die organisierte Vernetzung mit der Zivilgesellschaft scheinen bei der Bewältigung der Corona-Pandemie erfolgversprechender zu sein als der Blick auf die „Große Transformation“. Aber wenn auch nur in Teilsystemen eine Gesellschaftsgestaltung gegenwärtig realistisch erscheint, so gehört dazu zentral eine Schnittstellensteuerung als innovative Weiterentwicklung bestehender institutioneller Regulierungsformen. Gerade weil die traditionellen politischen Steuerungsregimes ausgezehrt wirken, könnte hierüber die Problemlösungskompetenz gesteigert werden. Die Beiträge für eine erweiterte Steuerung der gegenwärtigen Gesellschaftsformation werden sich nur dann produktiv entfalten, wenn die Selbstreferenz und Geschlossenheit

der Teilsysteme (Silos) zugunsten einer angemessenen Verknüpfung überwunden werden (vgl. Heinze 2020 und Willke 2020).

Deshalb wird nicht von einem Epochenbruch ausgegangen, vielmehr wird die Pandemie als Beschleuniger von Prozessen angesehen, die sich bereits im Wandel befinden und nun schneller gesellschaftliche Realität werden. Strukturbildende gesellschaftliche Wandlungsprozesse erlangen in Krisenzeiten einen Bedeutungsgewinn und können insbesondere dann Breitenwirkung erzielen, wenn sie gesellschaftliche Megatrends beschleunigen. Dies kann am Beispiel der Digitalisierung exemplifiziert werden, die durch den Druck der Pandemie virtuelle Vergemeinschaftungen, aber auch soziale Distanzen fördert: Hier „verbindet sich ein zivilisationsgeschichtlicher Wandel mit einer Medienrevolution. Der Bedeutungsverlust nahräumlicher Bezüge wird dadurch bedingt und verstärkt, dass sich immer größere Anteile des sozialen Lebens in die Zweitwelt eines entkörperten Zeichenverkehrs auslagern lassen. Was in der Aufklärungszeit der Schriftgebrauch war, ist heute die Digitalisierung“ (Koschorke 2020, 52).

Die Corona-Pandemie als Reformtreiber

Neben der Fokussierung auf zivilgesellschaftliche Aktivitäten und die kollektive Daseinsvorsorge wird die Corona-Krise den Digitalisierungstrend weiter antreiben. Im Krisenmodus, als analoge Sozialkontakte nicht mehr gewünscht waren und zum Teil offiziell mit einer Kontaktsperrre untersagt wurden, haben digitale Medien mitgeholfen, den Kontakt zur Familie, Nachbarn und Freunden zu halten. Die Pandemie wirkte hier als Treiber für neue Kommunikationstechniken und kann in Richtung einer gesteigerten Akzeptanz von digitalen Medien und technologischen Unterstützungssystemen ausstrahlen. Wie aus der Innovationsforschung bekannt ist, vollzieht sich ein Pfadwechsel insbesondere in Krisenzeiten, was bedeuten kann, dass sich die technologisch schon länger vorhandenen Digitalisierungsoptionen nun in der Alltagskultur der Menschen ausbreiten können. Sie können nicht nur die Kommunikation und Haushaltstechnik steuern, sondern auch weitere Funktionen im Alltag übernehmen – von der Beschaffung von Lebensmitteln bis zur Überwachung von Risikopatient*innen mittels Messung der Vitalparameter.

Allerdings sind diese sich ausweitenden digitalen Räume weitgehend ungeschützt. Wachsenden Optionen stehen deshalb zunehmende Pathologien und eine kaum vorhandene demokratisch legitimierte Kontrolle gegenüber. Die weitgehend freie Nutzung digitaler Daten, die einigen Internetkonzernen durch den Verkauf dieser Daten erhebliche Umsätze

und Gewinne beschert, erlaubt auch den Individuen eine ständige Überwachung und hat zu einer allgegenwärtigen Vermessung des Individuellen (Self-Tracking) wie Sozialen geführt. Diese Nutzung von Big Data hilft sicherlich manchen gesundheitlichen Risikopatient*innen und kann auch für Verhaltensänderungen unterstützend wirken, birgt aber auch die Gefahr des ständigen Vergleichs in sich und ist damit potenziell eine Quelle von Stress und individuellen Enttäuschungen. Die Quantifizierung von Statusdaten und Selbstvermessungspraktiken tragen so zur gewachsenen Gereiztheit in der Gesellschaft bei.

Zudem kann die virtuelle Nachbarschaft die Sozialkontakte nicht ersetzen, allerdings dafür sorgen, aktiv am Leben weiter teilzunehmen, Sorgen auszutauschen und ggf. Hilfen zu mobilisieren. Das Internet kann so gesehen ein (ungesichertes) Fenster in die Außenwelt darstellen, das insbesondere älteren, aber auch allgemein den bspw. durch die Bekämpfung des Virus eingeschränkten Personenkreisen ein wenig mehr an Lebensqualität und Sicherheit bietet. Diese Schutz- und Integrationsfunktion digitaler Hilfen erfordert aber von den Individuen einige Kosten – sowohl in materieller als auch immaterieller Sicht (z. B. die Bereitschaft zu lernen), da insbesondere in Deutschland die digitalen Infrastrukturen unterentwickelt sind und zudem nur wenige Unterstützungsangebote bspw. für Ältere bestehen. Zu Beginn der Corona-Krise gab es deshalb ein Mismatch zwischen den digitalen Kommunikations- und Unterstützungsangeboten und der Nachfrage, da die Risikogruppen der Viruskrise nicht bzw. nur selektiv in den digitalen Netzwerken engagiert sind. Durch die möglichen Gefährdungen, die bspw. mit einem Arztbesuch während der Corona-Krise verbunden waren, erlebten so telemedizinische Verfahren wie Online- und Videosprechstunden, Terminbuchungen über Apps, aber auch elektronische Patientenakten einen Aufschwung. Telemedizinische Technik, die mit gut zugänglichen und weit verbreiteten Kommunikationsmedien kombiniert werden kann, ermöglicht eine zeit- und ortsunabhängige Behandlung bzw. Betreuung. Die traditionelle Beziehung zwischen Ärzt*innen und Patient*innen wird somit durch eine technische Komponente erweitert; unter dem Motto „move the information, not the patient“ können so auch problematische Patiententransporte oder Krankenhausaufenthalte vermieden oder reduziert werden. Erste Erfahrungsberichte deuten darauf hin, dass vieles, was jahrelang abgelehnt oder verzögert und dann im Krisenmodus eingeführt wurde, zumeist besser funktioniert als erwartet. Diese großteils positiven Online-Erfahrungen im Schnelldurchgang haben in vielen Fällen Blockaden aufgelöst und werden wohl auch im Normalmodus anerkannt bleiben.

Home Monitoring kann sich zu einem modernen Bestandteil der Betreuung Kranker und Hilfebedürftiger entwickeln, der von der Prävention über die Diagnostik und Therapie bis hin zur Rehabilitation die gesamte Behandlungskette berücksichtigt. Die Einführung von Digitalisierungsprozessen im Gesundheitssektor verlief in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern allerdings bis 2020 schleppend und setzte sich ansatzweise nur in den Bereichen durch, die mit individualisierten, stark auf die Welt des Konsumierens ausgerichteten Lebensstilen verknüpft sind (etwa im Fitnessbereich). In der Corona-Krise wurde deutlich, wie bedeutsam digitale Netze inzwischen in vielen Lebens- und Arbeitsbereichen sind, anderseits aber auch, welche Defizite schon im Hardwarebereich noch immer zu verzeichnen sind (ausgeprägt im Bildungsbereich). Durch die Pandemie wurden die bereits bestehenden und in anderen Ländern bereits genutzten Optionssteigerungen des Digitalen auch in Deutschland aber Alltagspraxis. Einige telemedizinische Komponenten (am stärksten die Videosprechstunde) konnten sich rasant verbreiten, allerdings muss nach der erfolgreichen Diffusion eine konzeptionelle Gesundheitsdigitalarchitektur aufgebaut werden; dazu gehören Abrechnungssysteme mit den Leistungsträgern der Kranken- und Pflegeversicherung, damit aus den Leuchttürmen endlich Wegbereiter für eine digitale Transformation des Gesundheits- und Pflegewesens werden, das nicht nur von Ankündigungen lebt, sondern auch real umgesetzt wird.

Das gleiche gilt für die sich in der Corona-Pandemie schlagartig verbreiteten „Home-Offices“, die auf eine Transformation der Arbeit hinweisen, die durch die Digitalisierung beschleunigt wird. Nach Angaben der OECD sind in Deutschland mehr Arbeitsplätze einem hohen Automatisierungs- bzw. Änderungsrisiko ausgesetzt als im Durchschnitt der OECD-Länder (dies. 2019). Allerdings können nicht alle Berufsgruppen bspw. die Option des Home-Office wählen; so ist dies etwa im Feld der sozialen und gesundheitsbezogenen Dienste nur eng begrenzt möglich. Zudem werden soziale Ungleichheiten bei der Nutzung teilweise sogar verschärft, weil die Wohnsituationen und sozialen Absicherungen unterschiedlich sind. Für manche Erwerbstätige, die über ausreichend Wohnfläche und eine gute digitale Ausstattung verfügen, eröffnen sich hier neue Freiheitsspielräume (und hat auch positive ökologische Effekte), während andere (etwa Angehörige von größeren Familien in kleinen Wohnungen) erheblich weniger davon profitieren bzw. neue Belastungen erleben, gerade wenn Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen geschlossen sind. Hinzu kommt, dass das praktisch erzwungene dezentrale Arbeiten auf breiter Front die seit einigen Jahren gewachsene Flexibilisierung der Arbeit in einzelnen Wirtschaftssektoren verschärft. Die damit zu beobachtende Erosion des tradition-

nen kollektiven Schutzes der Beschäftigten verlangt nach neuen Antworten sowohl mit Blick auf die aktuelle Situation (etwa beim Arbeitsschutz) als auch hinsichtlich der langfristigen sozialen Sicherung. Während solche arbeits- und sozialpolitischen Regulierungen derzeit nur in Ansätzen auf der Agenda der Politik stehen, wurden durch die Einschnitte auf dem Arbeitsmarkt gleich zu Beginn der Corona-Pandemie im Bereich der Arbeitsverwaltung strukturelle Reformen umgesetzt, die zunächst aber befristet galten.

Durch das Ende März 2020 beschlossene Sozialschutzbund I wurden nicht nur milliardenschwere Soforthilfen für Unternehmen auf den Weg gebracht, sondern auch arbeitsmarktpolitische Akzente mit der intensiven Nutzung der Kurzarbeit und weitreichenden Verfahrensänderungen im Sozialgesetzbuch (SGB) II gesetzt. Durch § 67 SGB II wurde der Weg in eine bedingungsarme Grundsicherung geebnet (vgl. Beckmann et al 2021). Die Änderungen zielen vor allem darauf ab, schnelle und unbürokratische Zugänge zur sozialen Sicherung sowie eine zügige Bereitstellung von Geldzahlungen für den Lebensunterhalt zu ermöglichen. Neben der auch im internationalen Vergleich herausragenden Aufstockung des Kurzarbeitergeldes wurde die bislang bestehende strikte Konditionalisierung von Leistungen deutlich abgeschwächt. Zu den wichtigsten Maßnahmen zählten:

- Ersetzung des Verfahrens zur Vermögensprüfung bei Neuantragstellungen durch eine „Selbsterklärung“, in der bestätigt werden muss, dass kein verwertbares Vermögen von über 60.000 Euro vorhanden ist;
- Verlängerung von Bewilligungsabschnitten ohne Weiterbewilligungsantrag;
- Erstattung der tatsächlichen Ausgaben für die Kosten der Unterkunft (KdU) für einen Zeitraum von sechs Monaten;
- Verzicht auf Kostensenkungsverfahren bei unangemessen Kosten der Unterkunft bei Neuanträgen in den ersten sechs Monaten;
- Aussetzung von laufenden Kostensenkungsverfahren bei unangemessen Kosten der Unterkunft für Personen, die bereits unmittelbar vor der Pandemie (sechs Monate oder kürzer) Leistungsbeziehende waren;
- Gänzlicher Verzicht auf Sanktionen.

Diese neuen Regelungen waren erforderlich, weil die Corona-Pandemie wie unter einem Brennglas die Schwachstellen eines lohn- und normalarbeits- sowie beitragsfinanzierten Sozialversicherungssystems offen gelegt hat. Vor allem für geringfügig Beschäftigte und (Solo-)Selbstständige (re-)produziert dessen Architektur systematisch soziale Sicherungslücken,

denn während sozialversicherungspflichtig Beschäftigte auf die Arbeitslosenversicherung zählen können, fallen sie durch das Sicherungsraster.

In arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Hinsicht ist an der vorerst befristeten Grundsicherung Folgendes bemerkenswert: Weitgehend unter dem Radar der öffentlichen Aufmerksamkeit wurde eine arbeitsmarkt- und sozialpolitische Neujustierung vorgenommen, die zahlreiche Kritikpunkte am alten „Hartz IV-System“ aufgreift und (zumindest temporär) außer Kraft setzt. Die Pandemie bewirkte also ein unvorhergesehenes Experiment, in dessen Zuge neue Akzentuierungen in der Grundsicherung einem Praxistest unterzogen werden und prägende Leitlinien der jüngeren Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (allen voran die Aktivierung und Bedürftigkeitsprüfung) deutlich abgeschwächt werden. Nach über einem Jahr Erfahrungspraxis ist nur schwer vorstellbar, dass zum Ende der Pandemie die Arbeitsmarktpolitik wieder gänzlich zu den gewohnten bürokratischen Routinen und Verfahren zurückkehren wird.

Wie aber reagierten die betroffenen Akteure der Arbeitsverwaltung und die Klient*innen auf diese neuen Regulierungsmuster? Zur Beantwortung dieser Frage haben wir im Sommer 2020 eine Befragung im Jobcenter Recklinghausen durchgeführt, die Befragung der Klient*innen wurde Ende 2020 abgeschlossen. Die Untersuchung weist auf die Variationsspielräume im System hin und zudem können die Reaktionen auf den institutionellen Wandel bei den Beschäftigten mit denen der Klient*innen abgeglichen werden. Sichtbar wird im Krisenmodus ein positiver Umgang mit den neuen „bedingungsarmen“ Verfahren, allerdings gilt dies nicht gleichermaßen für alle Jobcenter-Beschäftigten. Die Reaktionen differenzieren sich nach den Tätigkeitsbereichen: So sind bspw. die Mitarbeiter*innen des Bereichs Markt und Integration von den Vorteilen der neuen digitalen Antragsverfahren und Interaktionsformen deutlich weniger überzeugt. „Die in der Coronakrisenpolitik abrupt eingeleitete Wende in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik hat in der Arbeitsverwaltung zu einer partiellen Erosion traditioneller Verwaltungsprozeduren und engmaschiger Regulierungen geführt, die langfristige Auswirkungen einerseits auf der Mikro- und andererseits auf der Makroebene des Verwaltungshandelns haben werden. Die schleichende Abkehr vom traditionellen Entwicklungspfad wird noch nicht von allen Akteuren reflektiert und akzeptiert. Überzeugungsstrategien werden notwendig sein, wenn von der Politik diese Neuausrichtung vom Krisenmodus in den Normalzustand übernommen werden sollte. Ohnehin wird ja darüber diskutiert, die Weiterbildung für die in der Arbeitsverwaltung Beschäftigten auszubauen und hier wäre auch ein Ort, solche konzeptionellen Modernisierungen zu diskutieren und die Arbeitsabläufe neu zu organisieren. Schon jetzt zeigt sich allerdings, dass viele

der Argumente gegen einen Abbau bürokratischer Regulierungen im Arbeits- und Sozialrecht durch das unvorhergesehene Großexperiment als hinfällig betrachtet werden sollten. Die Behauptungen, „bedingungsarme“ Grundsicherungen seien realitätsfremd, werden auch von einem großen Teil der MitarbeiterInnen nicht mehr als absolute Wahrheit angesehen. Die neuen Wege, die jenseits zuvor denkbarer Handlungsmuster in Kraft gesetzt wurden, können deshalb potenziell auch als Katalysator für Entwicklungen hin zu einer „bedingungsarmen“ Grundsicherung aufgefasst werden“ (Beckmann et al 2021, 23f).

Organisationale Beharrungskräfte müssen folglich in Reformdiskursen ernst genommen werden, denn wohlfahrtspolitische Neujustierungen sind nicht gegen die Zustimmung und Unterstützung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu implementieren. Die Abkehr vom traditionellen Entwicklungspfad wird nach unseren (regional begrenzten) Ergebnissen noch nicht von allen Akteuren akzeptiert. Überzeugungsstrategien sind notwendig, wenn die Bundespolitik diese Neuausrichtung in den Normalzustand überführen sollte (vgl. ausführlich Heinze/Schupp 2022).

Wenngleich Ausnahmezustände mit experimentellen Prozessen ein guter Nährboden für Innovationen und einen geordneten Wandel (change by design) sein können, ergibt sich daraus nicht unmittelbar ein neues Leitbild gesellschaftsgestaltender Politik. Hierzu wäre auch weitere Forschung notwendig, was wiederum vom politischen Gestaltungswillen der verantwortlichen politischen Akteure und dem gesellschaftspolitischen Klima abhängig ist. Sozialwissenschaftliche Erkenntnisse können ohnehin nur ein gewisses Maß an Orientierungswissen vermitteln und unter günstigen Umständen Lernprozesse in der Politik auslösen (vor zu hohen Erwartungen ist sogar zu warnen). Vertiefen sich die sozioökonomischen Spaltungen wie auch generell die gesellschaftlichen Partikularisierungen, kann sich das Narrativ einer Transformation bspw. der Arbeitsverwaltung in Richtung auf eine bedingungsarme Grundsicherung, die auch in anderen Feldern der sozialen Sicherung Eingang finden könnte, aber auch wieder verflüchtigen.

Literaturverzeichnis

- Adloff, F./Busse, T., 2020: Solidarisch sein. Krisengewinner und Vermögende sollen in einen sozial-ökologischen Fonds einzahlen, in: Süddeutsche Zeitung v. 21.4. 2020, S. 18.
- Beckmann, F./Heinze, R.G./Schad, D./Schupp, J., 2021: Erzwungene Modernisierung? Arbeitsverwaltung und Grundsicherung in der Corona-Pandemie, Berlin (DIW Politikberatung).
- Benz, A./Czada, R., 2019: Politische Steuerung von Transformation – das Beispiel der Energiepolitik, in: dms. der moderne Staat H. 2/2019, S. 243–250.
- Bude, H., 2021: Pandemie und Gesellschaft. Ein Gespräch über eine Zeitenwende (hg. Von T. Hartmann/J. Dahm/C. Krell), Bonn, S. 12–58.
- Dehne, P., 2019: Perspektivwechsel in der Regionalpolitik: Daseinsvorsorge als gesellschaftliche Aufgabe, in: Wirtschaftsdienst 2019/Sonderheft, S. 56–64
- Dörre, K., 2020: Die Corona-Pandemie – eine Katastrophe mit Sprengkraft, in: Berliner Journal für Soziologie, 30. Jhg. (H. 2), S. 165–190.
- Dörre, K./Rosa, H./Becker, K./Bose, S./Seyd, B. (Hg.), 2019: Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften, Wiesbaden (Sonderband des Berliner Journals für Soziologie).
- Evers, A./Leggewie, C., 2018: Falsch verbunden. Zur (Wieder-)Annäherung von institutionalisierter Politik und organisierter Zivilgesellschaft, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen (31. Jg.), H. 1–2/2018, S. 32–40.
- Grande, E./Hutter, S., 2020: Wer hilft den Helfern? Die Zivilgesellschaft in der Corona-Krise, in: WZB Mitteilungen 168, S. 27–29.
- Habermas, J., 2008: „Nach dem Bankrott“ – Ein Gespräch mit Jürgen Habermas, in: Die Zeit v. 6.11. 2008, S. 53f.
- Habermas, J., 2020: Jürgen Habermas über Corona: „So viel Wissen über unser Nichtwissen gab es noch nie“, in: Frankfurter Rundschau v. 10. 4. 2020.
- Heinze, R. G. 2009: Rückkehr des Staates? Politische Handlungsmöglichkeiten in unsicheren Zeiten, Wiesbaden.
- Heinze, R. G., 2011: Die erschöpfte Mitte. Zwischen marktbestimmten Soziallagen, politischer Stagnation und der Chance auf Gestaltung, Weinheim/Basel.
- Heinze, R. G., 2020: Gesellschaftsgestaltung als Neujustierung von Zivilgesellschaft, Staat und Markt, Wiesbaden.
- Heinze, R. G./Lange, J./Sesselmeier, W. (Hg.), 2018: Neue Governancestrukturen in der Wohlfahrtspflege. Wohlfahrtsverbände zwischen normativen Ansprüchen und sozialwirtschaftlicher Realität, Baden-Baden.
- Heinze, R. G./Schupp, J., 2022: Grundeinkommen – Von der Vision zur schleichenden sozialstaatlichen Transformation, Wiesbaden.
- Honneth, A., 2021: Wünsche für eine bessere Zukunft, in: Die Zeit Nr. 21 v. 20.5. 2021, S. 49.
- Koschorke, A., 2020: Aus Berührung wird Rührung, in: Die Zeit v. 20.5. 2020, S. 52.

- Neckel, S., 2021: Im Angesicht der Katastrophe. Der nahende Zusammenbruch des Erdsystems und die sozial-ökologische Transformation, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 2/2021, S. 51–58.
- OECD, 2019: Employment Outlook – The Future of Work, Paris.
- Polanyi, K., 1978: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen (original 1944), Frankfurt/M.
- Reckwitz, A., 2019: Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne, Berlin.
- Simmank, M./Vogel, B., 2020: Städte halten den Atem an, Dörfer atmen tief durch – Corona auf dem Land: Soziologische Momentaufnahmen, SOFI Göttingen (April 2020) (http://www.sofi-goettingen.de/fileadmin/Maike_Simmank/SOFI_Corona_auf_dem_Land.pdf).
- Willke, H., 2014: Demokratie in Zeiten der Konfusion, Berlin.
- Willke, H., 2020: Zum Problem der Steuerung komplexer Politikfelder. Über Kosten und Nutzen hoher Komplexität am Beispiel von Gesundheit und Bildung, in: P. Reinbacher/J. Oberneder/A. Wesenauer (Hg.), Warum Komplexität nützlich ist. Auf der Suche nach Antworten mit Helmut Willke, Wiesbaden, S. 9–27.